

Rede der Landtagsabgeordneten Sigrid Leuschner (SPD):

124. Plenarsitzung am 9. Dezember 2011 zu TOP 29:

**Resolution des Deutschen Bundestages vom 22. November 2011: Mordserie
der Neonazi-Bande und die Arbeit der Sicherheitsbehörden**

Antrag des Präsidenten des Niedersächsischen Landtages – Drs. 16/4234

- es gilt das gesprochene Wort –

Anrede,

Wir haben in den vergangenen Wochen erschreckende Erkenntnisse über die Dimension von Rechtsterrorismus in Deutschland gewonnen, die uns alle tief betroffen machen.

Deshalb ist es gut, dass wir heute als Abgeordnete aller im Landtag vertretenen Fraktionen, trotz unterschiedlicher Bewertungen über die Ursachen des Entstehens von Rechtsextremismus und auch Rechtsterrorismus, mit unserer Abstimmung über die gemeinsame Erklärung ein Zeichen setzen.

Unsere Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass überzeugte Demokratinnen und Demokraten gemeinsam dafür einstehen, dass Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie, Diskriminierung und Gewalt keinen Platz haben.

Anrede, vor dem Hintergrund, dass die Opfer rechtsterroristischer Gewalt nicht in das menschenverachtende Weltbild der Täter passten, wurden mindestens zehn Menschen von polizeibekanntem Rechtsextremisten heimtückisch ermordet. Dies geschah mitten in Deutschland, skrupellos und ohne jede menschliche Regung der Täter.

Weder die Öffentlichkeit, noch der Verfassungsschutz, die Polizei und die Justiz haben lange Zeit nicht die gesamten Ursachen und Zusammenhänge der Morde sowie die wahren Motive der Mörder erkannt.

Anrede, was jedoch viel schlimmer ist, dadurch, dass die Täter keine Bekennerschreiben hinterlassen hatten, wurden viele der Ermordeten leider schnell und fälschlicherweise zu Opfern von organisierter Kriminalität erklärt.

Anrede, der Staat hat in einer Demokratie dafür zu sorgen, dass alle Menschen in Deutschland in Sicherheit leben sind und Sie sich auch sicher fühlen können.

Deshalb müssen die bisherigen Handlungsansätze von Verfassungsschutzämter und Polizei weiter einer raschen Prüfung unterzogen werden. Das betrifft auch den Umgang mit dem Ermittlungsinstrument „V-Leute“.

Wir brauchen endlich verlässliche Lagebilder der Verfassungsschutzämter und zuverlässige Daten über das Ausmaß der rechten Gewalt in Deutschland.

Mit einer Null-Toleranz-Strategie müssen Polizei und Staatsanwaltschaften von Bund und Ländern gegen rechtsextreme Straftaten vorgehen.

Der Fall der Nazi-Morde schockiert uns!

Rechtsterrorismus wird plötzlich als ein neues Phänomen betrachtet, oft auch als ein Problem der neuen Länder.

Aber schon lange zuvor hat es in der Bundesrepublik rechten Terror gegeben. Vor allem in den siebziger Jahren stieg die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten rasant und erreichte 1980 seinen Höhepunkt es kam zu einer Häufung von terroristischen Taten aus dem neonazistischen Spektrum.

Dies, Anrede, wird leider häufig vergessen.

Doch leider sind mittlerweile menschenfeindliche und rechtsextreme verbale Attacken und Übergriffe gegen Menschen Alltag in einigen Regionen in Ost- und Westdeutschland.

Sie werden Opfer von physischer und psychischer Gewalt und oft werden leider diese Taten verharmlost.

Anrede, auch wenn diese Übergriffe glücklicherweise nicht immer mit Verletzungen oder gar tödlich enden, kann auch die latente Angst vor Bedrohung, Gewalt und Hilflosigkeit das Leben von Menschen zerstören.

Nirgendwo in unserem Land dürfen wir es zulassen, dass Rechtsextremisten Angsträume schaffen können.

Anrede, die SPD-Landtagsfraktion hat mehrere Entschließungsanträge zur Bekämpfung der Ursachen von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Landtag eingebracht und debattiert.

Schwerpunkt dieser Anträge war, dass neueste sozialwissenschaftliche Studien wie z. B. die „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, belegen, dass chauvinistische, ausländerfeindliche und sozialdarwinistische Positionen und Meinungen längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind.

Menschenfeindliche, chauvinistische, antisemitische, islamfeindliche und rassistische Positionen werden in fast allen Teilen der Gesellschaft vertreten.

Oft werden Menschen am Arbeitsplatz, in Vereinen, Verbänden, an Stammtischen und in der Öffentlichkeit wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihrer Sprache, einer Behinderung, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert, ausgegrenzt oder zu Opfern rechter Gewalt.

Anrede, die Ursachen für das Entstehen von Rechtsextremismus wie auch seine Erscheinungsformen sind komplex.

Wenn menschenfeindliche Einstellungsmuster zunehmen und die Anzahl rechtsextrem politisch motivierter Straftaten wächst, verbirgt sich hinter dieser Entwicklung auch eine tiefe Unzufriedenheit mit dem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System.

Der Politikwissenschaftler Richard Stöss führt in diesem Zusammenhang aus: „Rechtsextremismus wird durch die sozialen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse erzeugt und nicht umgekehrt.“

Eine Verbreitung rechtspopulistischen Gedankengutes kann die Grundlage für Rechtsterrorismus bieten.

Vermeintliche Einzeltäter kommen eben nicht aus dem Nichts, sondern werden von einem aggressiven gesellschaftlichen Klima animiert.

Festzustellen ist vielmehr, dass rechtsterroristische Verbrechen eben keine Taten von Einzeltätern, sondern ein Resultat einer verfestigenden rechten Ideologie sind.

Auch in vielen anderen Ländern in Europa sind seit Jahren rechtspopulistische und rechtsextremistische Kräfte auf dem Vormarsch.

Der grausame Gewaltakt eines Einzeltäters in Norwegen im Juli dieses Jahres hat uns dies in einem bis dahin für undenkbar gehaltenen Ausmaß vor Augen geführt.

Anrede, wir dürfen nie rechtsextreme Übergriffe verharmlosen oder uns gar an sie gewöhnen.

Wir müssen uns vielmehr gemeinsam für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie engagieren, in der man ohne Angst verschieden sein kann. Dafür ist es notwendig, gemeinsam Zivilcourage zu zeigen und diese Werte auch zu verteidigen. Akzeptanz, Respekt und gegenseitige Wertschätzung bilden die Richtschnur für den Umgang miteinander.

Eine gute Bildung, politische Bildung für alle und demokratische Teilhabe ist die beste Extremismusprävention.

Es ist notwendig, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus zu fördern und dauerhaft zu unterstützen.

Anrede, deshalb lehnen wir die Extremismusklausel der Bundesregierung ab.

In vielen Gegenden Deutschlands nutzen Rechtsextreme die Nischen, die dadurch entstanden sind, dass Kommunen aufgrund der finanziellen Notsituation kommunale Einrichtungen geschlossen haben.

Dieses müssen wir ändern!

Anrede, Rechtsextremisten neigen dazu, muslimfeindliche Stimmungen in der Bevölkerung aufzugreifen.

Deshalb muss die Auseinandersetzung mit dem Islam differenziert erfolgen. Islamophobe Grundstimmungen dürfen nicht weiter angeheizt werden.

Wir brauchen darüber hinaus Bündnisse für Demokratie mit Gewerkschaften, Arbeitgeber-Verbände, NGOs und zivilgesellschaftlichen Akteuren, Kirchen, Religionsgemeinschaften und weltanschaulichen Gemeinschaften.

Eine Reduzierung auf einen Dialog zwischen den Religionen reicht aber allein nicht aus. Er greift zu kurz, weil nicht alle Menschen Religionsgemeinschaften angehören, aber dennoch aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Deutschland ist eine von kultureller Vielfalt geprägte Einwanderungsgesellschaft. Deshalb muss Integration auf allen Ebenen als Querschnittsaufgabe verstanden werden.

Anrede, wir sollten die Chancen einer Einwanderungsgesellschaft nutzen, statt nur die Defizite anzuprangern.

Wir müssen den Ursachen von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen und in allen Altersgruppen den Boden entziehen!

Wir wollen, dass die menschenverachtende NPD endlich schnell verboten wird! Wir wissen, dass ein NPD-Verbotsverfahren mit größtmöglicher Sorgfalt anhand der vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Kriterien betrieben werden muss.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass V-Leute nicht mehr in den Entscheidungsgremien der NPD vertreten sein dürfen.

Die Forderung, alle V-Leute abzuschalten, halte ich für falsch.

Wir brauchen eine engere Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden der Länder.

Die Forderung nach einer bundeseinheitlichen Behörde für den Verfassungsschutz und die Auflösung der Landesämter führt aus unserer Sicht zu keiner Qualitätsverbesserung.

Anrede, nach wie vor ist es wichtig, dass unsere Demokratie wehrhaft sein muss.

Wir müssen uns gemeinsam mit aller Kraft den Feinden der Demokratie entgegenstellen.

Es ist notwendig, sich entschlossen gegen die Verbreitung von rechtspopulistischem Gedankengut in Wort, Schrift und Bild zu wehren.

Ich möchte meine Rede mit einem Zitat von Willy Brandt beenden: „Nazismus, alter Nazismus, aufgewärmter Nazismus, Neonazismus ist Verrat an Land und Volk“ (Willy Brandt, 1968).